Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9218**

17. Wahlperiode 29. 03. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8893 –

Schweinepest tierschonend bekämpfen – Notimpfung ersetzt grundloses Keulen

A. Problem

Nach Darstellung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN stößt die vorsorgliche Tötung gesunder Tiere im Fall eines Ausbruchs der Klassischen Schweinepest sowohl bei Fachleuten als auch in der Öffentlichkeit zu Recht auf deutliche Kritik. Die derzeit geltende Nichtimpfungspolitik der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Klassischen Schweinepest ist ihrer Ansicht nach aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr zeitgemäß. Die Entwicklung hochwirksamer und moderner Impfstoffe für Notimpfungen und des Real-Time-PCR-Nachweisverfahrens eröffnen nach Ansicht der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN neue Möglichkeiten in der Bekämpfung der Schweinepest. Durch eine Notimpfung nicht infizierter Tiere ist die massenhafte Keulung zur Ausbreitungsverhinderung ihrer Ansicht nach nicht mehr notwendig.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/8893 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, den Ansatz „Impfen statt Keulen“ im Tierseuchenbekämpfungskonzept zu stärken, beim Ausbruch der Klassischen Schweinepest die Eilverordnung für ein großflächiges „Stand still“ zu erlassen und die betroffenen Bundesländer zu einer Notimpfung aufzufordern sowie im Hinblick auf die Vorbereitung der Tiergesundheitsstrategie für die Europäische Union ab 2014 auf eine EU-weite Durchsetzung des Ansatzes „Impfen statt Keulen“ zu drängen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden nicht erörtert.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Wurde nicht erörtert.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Wurde nicht erörtert.

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

Wurde nicht erörtert.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Wurde nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8893 anzunehmen.

Berlin, den 21. März 2012

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hans-Michael Goldmann
Vorsitzender und Berichterstatter

Dieter Stier
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dieter Stier, Dr. Wilhelm Priesmeier, Dr. Kirsten Tackmann, Hans-Michael Goldmann und Friedrich Ostendorff

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8893** in seiner 165. Sitzung am 8. März 2012 erstmals beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Darstellung der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stößt die vorsorgliche Tötung gesunder Tiere im Fall eines Ausbruchs der Klassischen Schweinepest sowohl bei Fachleuten als auch in der Öffentlichkeit zu Recht auf deutliche Kritik. Die derzeit geltende Nichtimpfungspolitik der Europäischen Union im Zusammenhang mit der Klassischen Schweinepest ist ihrer Ansicht nach aus wissenschaftlicher Sicht nicht mehr zeitgemäß. Die Entwicklung hochwirksamer und moderner Impfstoffe für Notimpfungen und des Real-Time-PCR-Nachweisverfahrens eröffnen nach Ansicht der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN neue Möglichkeiten in der Bekämpfung der Schweinepest. Durch eine Notimpfung nicht infizierter Tiere ist die massenhafte Keulung zur Ausbreitungsverhinderung ihrer Ansicht nach nicht mehr notwendig.

In der Tierseuchenbekämpfung muss nach Darstellung der Antragsteller zukünftig der Ansatz „Impfen statt Keulen“ gelten, damit unnötige Tierverluste minimiert werden und dem Tierschutzgedanken Rechnung getragen wird. Durch den Einsatz von Notimpfungen kann ihrer Ansicht nach das Infektions- und Verschleppungsrisiko vermindert werden. Zugleich müssen klare Rahmenbedingungen für den Vertrieb von Fleisch und Fleischprodukten von gegen Tierseuchen geimpften Tieren geschaffen werden. Zudem muss der Verbraucher ihrer Ansicht nach dringend über die gesundheitliche Unbedenklichkeit solcher Lebensmittel aufgeklärt werden.

Mit dem Antrag auf Drucksache 17/8893 soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

1. den Ansatz „Impfen statt Keulen“ im Tierseuchenbekämpfungskonzept zu stärken;
2. beim Ausbruch der Klassischen Schweinepest die Eilverordnung für ein großflächiges „Stand still“ zu erlassen und die betroffenen Bundesländer zu einer Notimpfung aufzufordern;
3. die Länder bei der Durchführung einer Notimpfung mit sicheren Impfstoffen zu unterstützen, damit das Virus der Klassischen Schweinepest nicht durch lebende Tiere oder tierische Produkte verschleppt wird;
4. die Entwicklung weiterer Markerimpfstoffe voranzutreiben;
5. die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Unbedenklichkeit notgeimpfter Tiere zu unterstützen, so dass die Vermarktung notgeimpfter Tiere bei den Handelspartnern möglich und wirtschaftlich tragfähig bleibt;
6. die fleischverarbeitende Wirtschaft bei der Entwicklung eines Konzeptes zur Schlachtung und Verarbeitung geimpfter Schweine zu unterstützen;
7. für Akzeptanz von notgeimpften Tieren bei Handelspartnern aus dem EU-Ausland und aus Drittländern zu werben;
8. sich auf internationaler Ebene für einen Paradigmenwechsel in der Tiergesundheitspolitik der EU einzusetzen und im Hinblick auf die Vorbereitung der Tiergesundheitsstrategie für die Europäische Union ab 2014 auf eine EU-weite Durchsetzung des Ansatzes „Impfen statt Keulen“ zu drängen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/8893 in seiner 66. Sitzung am 21. März 2012 abschließend beraten. Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, eine wichtige Grundlage für den vorliegenden gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP und der Oppositionsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei ein thematisch ähnlicher Antrag der Fraktion der SPD vom November 2011 gewesen. Der gemeinsame Antrag sehe jetzt acht Einzelmaßnahmen vor, mit denen die Bundesregierung aufgefordert werde, bei der Tierseuchenbekämpfung und hierbei insbesondere bei der Bekämpfung der Klassischen Schweinepest in Hinblick auf den Tierschutz Keulungen auf das unerlässliche Maß zu reduzieren. Dazu gehöre unter anderem, den Ansatz „Impfen statt Keulen“ im Tierseuchenbekämpfungsgesetz zu stärken und die Aufklärung der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Unbedenklichkeit notgeimpfter Tiere zu unterstützen. Die Vermarktung von Fleisch notgeimpfter Tiere sei mit der Fleischwirtschaft und dem Handel insgesamt noch zu verbessern, da dort noch Unsicherheiten ausgeräumt werden müssten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, wichtiger Bestandteil des Antrags sei die Aufforderung an die Bundesregierung, sich auch auf der europäischen Ebene und bei Drittländern für entsprechende Regelungen einzusetzen, die es dann anderen Ländern nicht mehr so leicht erlauben würden, aus nichtigen Gründen im Zusammenhang mit Fleisch notgeimpfter Tiere Handelsbeschränkungen vorzunehmen. Darüber hinaus sei es Aufgabe der Bundesregierung, bei der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE), die für die derzeitigen Regelungen bei den Keulungen infizierter Bestände verantwortlich sei, eine Diskussion in Gang zu setzen und zu ver-

suchen, zu einer einvernehmlichen Regelung, vor allen Dingen beim Thema Handelsbeschränkungen, zu kommen. Wenn es nicht gelänge, die OIE zu einem veränderten Verhalten bei der Tierseuchenbekämpfung zu überzeugen, sei die im Antrag geforderte sinnvolle Strategie „Impfen statt Keulen“ von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte nachdrücklich den interfraktionellen Antrag. Mit ihm werde ein Paradigmenwechsel in der Tierseuchenbekämpfung gefordert, um zukünftig unnötiges Keulen von Tieren zu vermeiden. Beim Ausbruch von Tierseuchen wie der Klassischen Schweinepest sollten gesunde Tiere nicht mehr präventiv getötet werden, sondern eine Notimpfung verabreicht bekommen. Mit der Möglichkeit von Impfungen stehe insgesamt eine gute Möglichkeit zur Verfügung, um den Problemen angemessen gerecht zu werden. Damit dieser tierschonende Ansatz „Impfen statt Keulen“ auch wirtschaftlich tragfähig sei, müsse die Bundesregierung Aufklärungsarbeit bei Verbrauchern sowie bei Wirtschaft und Handel über die Unbedenklichkeit notgeimpfter Tiere leisten. Darüber hinaus müsse sich die Bundesregierung auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass der Ansatz „Impfen statt Keulen“ in die zukünftige EU-Tiergesundheitsstrategie aufgenommen werde. Der gemeinsame Antrag sei ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Tierschutz und Ernährungssicherheit.

Die **Fraktion DIE LINKE.** äußerte, bei der Erarbeitung des interfraktionellen Antrages zur Bekämpfung der Klassischen Schweinepest sei sie von den anderen Fraktionen ausgegrenzt worden, obwohl sie signalisiert hätte, sich dem Hauptanliegen des Antrages anschließen zu können. Auch die Fraktion DIE LINKE. vertrete die Position, dass statt des Keulens die Impfung der Bestände der bessere Weg sei. Insgesamt bleibe der Antrag aber inhaltlich hinter den Erwartungen zurück, da er die derzeitigen internationalen Handelsregeln als eigentliche Ursache der Nichtimpfungspolitik nur unzureichend berücksichtige. So müsse mit einer anderen Art der Produktion und des Handels Prävention gegen mögliche Tierseuchen betrieben werden. Es sei ein neuer konzeptioneller Ansatz bei der Tierseuchenbekämpfung notwendig, der über das Prinzip der reinen Notimpfungen hinausgehe. Insbesondere wegen der fachlichen Mängel des Antrages sowie aufgrund ihres Ausschlusses bei der Antragserstellung werde sich die Fraktion DIE LINKE. beim Antrag enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, sie unterstütze diesen Antrag, der ursprünglich einmal von der Fraktion der SPD eingebracht worden sei, ausdrücklich. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei seit langer Zeit schon für den Grundsatz „Impfen statt Keulen“ im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung. Man müsse natürlich – auch wenn der Antrag von einer breiten Mehrheit der Fraktionen getragen werde – noch mit der Fleischwirtschaft reden, damit das Fleisch von geimpften Tieren, welches unter Handelsrestriktionen falle, von ihr dementsprechend vermarktet werde. Man werde sicherlich noch einige Kraft darauf verwenden müssen, dem Ansatz „Impfen statt Keulen“ zum Durchbruch zu verhelfen. Trotz dieser schwierigen Umstände finde sie es richtig, dass jetzt dieser Grundsatz in die Seuchenbekämpfungsarbeit bei Tieren einbezogen werden solle.

Berlin, den 21. März 2012

Dieter Stier
Berichterstatter

Dr. Wilhelm Priesmeier
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Hans-Michael Goldmann
Berichterstatter

Friedrich Ostendorff
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333